

## Interpellation Nr. 16 (März 2026)

26.5063.01

betreffend Fragerecht des Abgeordneten, dass immer mehr bemängelt wird

Das Fragerecht jedes Abgeordneten ist ein hohes Gut in unserer alten Demokratie. Viele Grossräte sind aber immer mehr unzufrieden mit den Antworten der Regierung.

Vor 50 Jahren waren rund 95 % der Abgeordneten mit den Antworten der Regierung zufrieden. Vor 30 Jahren waren rund 80 % der Abgeordneten mit den Antworten der Regierung zufrieden. Vor 20 Jahren waren rund 74 % der Abgeordneten mit den Antworten der Regierung zufrieden. Und heute sind oftmals nicht mal 50 % der Abgeordneten mit den Antworten der Regierung zufrieden.

Wir stellen fest: Die Quote der Zufriedenheit sinkt kontinuierlich und fällt immer mehr nach unten. Sozusagen in den Keller.

Bitte diese Statistik beachten. Es ist so. Es ist nicht erfunden. Ok. Es ist eine grobe Schätzung aus den letzten Jahren im Grossen Rat. Es ist hier keine wissenschaftliche Arbeit dazu. Eine solche könnte die ganz genauen Prozentpunkte der Zufriedenheit mitteilen.

Die Regierungsauskünfte werden von immer mehr Parlamentariern zu Recht gerügt und bemängelt. Viele Grossräte sagen, dass die Fragen unzureichend beantwortet werden. Oftmals wird auch schon gesprochen von einer Verletzung des parlamentarischen Fragerechts, da ohne eine hinreichende Begründung oft Fragen vollständig unbeantwortet bleiben.

Der Informationsanspruch der Abgeordneten des Basler Grossen Rates wird oft durch die nur ansatzweise Beantwortung nicht hinreichend erfüllt. Oft genügt die Antwort der Regierung nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen.

1. Wie denkt die Regierung über die Stärkung der Kontrollrechte des Parlaments?
2. Die Regierung ist dem Parlament Rechenschaft schuldig und darf nicht einfach unbequeme Auskünfte verweigern. Sieht das Regierung auch so?
3. Anders gefragt: Wie erklärt sich die Regierung, dass die Unzufriedenheit über die erteilten Antworten bei den Grossräten immer mehr steigt?
4. Was für Verbesserungsmöglichkeiten sieht die Regierung selbst in Zusammenarbeit mit dem Parlament?

Eric Weber